

Zeitschrift: Schweizer Monat : die Autorenzeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Band: 101 (2021)
Heft: 1085

Artikel: Die Gefahr des totalitären und des autoritären Staates : kommentiert von Katja Gentinetta
Autor: Imboden, Max / Gentinetta, Katja
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-958173>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Max Imboden

Die Gefahr des totalitären und des autoritären Staates

Erschienen in Heft 1, Band 43, 1963–1964.

betrug die Stimmbeteiligung noch 51 %. Für das nächste Jahrfünft sank sie auf 49 %; erstmals wurde in der schweizerischen Abstimmungsgeschichte die kritische Grenze von 50 % unterschritten. Und im Durchschnitt der Jahre 1961/62 betrug die Abstimmungsbeteiligung noch 47 %.

Zutiefst beunruhigend ist die Stetigkeit des Abfallen. Alle beschönigende Zweckphilosophie, die vielen so leicht liegt, vermag nicht zu verbergen, dass sich aus diesen Feststellungen grosse und schwere Fragen hinsichtlich unserer Zukunft stellen. Trotz aller künstlichen Betriebsamkeit war im Innern unseres Landes die politische Leere noch kaum je so bedrohend wie heute.

Vielleicht müssen wir uns wieder an das Bild gewöhnen, in einem *Zweifrontenkrieg* zu stehen.

In einer sichtbaren und für jedermann erkennbaren Auseinandersetzung stehen wir gegenüber dem totalen Staat. Hier kann es kein Nachgeben, kein Einschwenken und keinen Kompromiss geben.

Eine sehr viel schwerer fassbare Front ist gegenüber den wiedereindringenden autoritären Gedanken aufgerissen. Ich möchte aber meinen, dass diese Front in den kommenden Jahren an einen je länger, je sichtbareren Graben verlegt werden wird. Auch von der Seite des Autoritären ist unsere politische Substanz, die gewachsene genossenschaftliche und föderative Demokratie, bedroht.

So möge sich jeder für sich die Frage stellen, ob nicht auch wir schon in manchem angezehrt sind, ob nicht auch uns gelegentlich eine Müdigkeit befällt, die dann schlussendlich dazu führt, das politische Geschäft den anderen zu überlassen. Ich kann die tiefe Beunruhigung nicht verbergen, die mich angesichts der ständig sinkenden Stimmbeteiligung befällt. Ich unterstreiche die Worte *ständig sinkend* – denn ein Ende der Entwicklung ist heute noch nicht abzusehen.

Seitdem eine eidgenössische Abstimmungsstatistik geführt wird, das heißt seit dem Jahre 1879, lag die Abstimmungsbeteiligung im mehrjährigen Durchschnitt bei eidgenössischen Vorlagen bisher immer über 50 %. Sie war am tiefsten unmittelbar vor und während des Ersten Weltkrieges. Damals war sie auf 53–54 % gesunken. Dann stieg die Beteiligung wiederum – immer im mehrjährigen Durchschnitt gesehen –, und zwar auf 68 % in den Krisenjahren. Seither hat ein ständig rückläufiger Prozess eingesetzt. In den Jahren 1951 bis 1955

kommentiert von Katja Gentinetta

Der Totalitarismus lauert überall

Max Imboden warnte 1963 vor der Bedrohung der Freiheit von aussen und innen. Seine Analyse könnte aktueller nicht sein.

Die Gefahren des totalitären und autoritären Staats sind allgegenwärtig, auch heute: China wirft sein Gewicht, das es nach einem langen und beharrlichen Aufstieg erlangt hat, in die globale Waagschale. Offen bewirbt es sein autoritäres System als Lösung für weltweite Herausforderungen, so dass Begriffe wie «Systemkonkurrenz» und «neuer kalter Krieg» nicht unpassend sind. Dass Peking dabei globale Spielregeln verletzt und den technologischen Fortschritt auch zur Disziplinierung seiner eigenen Bürgerinnen und Bürger einsetzt, hat im Westen erstaunlich spät zu Irritationen geführt. Vielmehr war man beeindruckt von der Effizienz des Regimes und wünschte sich allenthalben ähnlich griffige Behördenprozesse auch bei uns.

Russland betreibt – nach nur zaghaften Öffnungsversuchen – Demokratie nach innen wie aussen als Schauspiel, und es provoziert das Völkerrecht nach allen Regeln der Kunst. Europa hat dieser offenen Bedrohung wenig entgegenzusetzen und ist selbst nach dem Mordversuch am Oppositionellen Navalny nicht zu einschneidenden Sanktionen fähig. Die Erdogan-Regierung in der Türkei, um ein Beispiel zahlreicher ins Autoritäre kippender Mittelstaaten zu nennen, fand sogar unter den Türken in Deutschland eine Mehrheit für ihre Verfassungsänderung, die dem Präsidenten bisher ungekannte Macht gibt. Schliesslich sei auf die Erfolge der rechten wie linken Populisten im Westen verwiesen, die lediglich durch die Pandemie ein wenig in den Hintergrund gerückt sind.

Im Aufsatz von Max Imboden aus dem Jahr 1963 geht es um die damals ähnlichen Phänomene: den West-Ost-Konflikt, den Zwangsstaat in Russland und die steigenden Ansprüche an den Staat im Westen. Der Jurist und spätere Nationalrat interessiert sich dabei vor allem für den ideologischen Diskurs. Dem «Idealbild der freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie» im Westen, der die Menschenrechte hochhält, stehe der «Angstraum des östlichen Zwangsstaats» gegenüber, der das Kollektiv beschwört, den einzelnen in den Zustand dauernder Unsicherheit versetzt und Verfassung und Gesetz nur als Fassade hochhält. Ob dieses Schwarz-Weiss-Bild stimme? Nein, sagt Imboden, beschreibt im Anschluss jedoch nicht etwa Grauschtärtungen beidseits, sondern vielmehr ein Grau im Westen und ein Dunkelschwarz im Osten. So sei die Vorstellung über Russland zwar hart, aber immer noch ein «freundliches Trugbild» und eine «gutgläubige Verharmlosung». Schonungslos entlarvt er den Kommunismus, der vorgibt, die Menschen zu befreien, und sie stattdessen beherrscht, der den gegenwärtigen Staat überwinden will, ihn jedoch zum Kontrollapparat über sämtliche Lebensbereiche seiner Bürgerinnen und Bürger ausbaut, der einen äusseren Feind beschwören muss, wo keiner ist. Der Kommunismus sei ein «Gebäude des Glaubens», eine «staatliche Heilslehre» und deshalb totalitär.

Indes nutze der Westen, so Imbodens Vorwurf, seine «Chance der Freiheit» nicht. Vielmehr werde der Staat für das persönliche Glück instrumenta-

lisiert. In den Augen der Bürgerinnen und Bürger stelle dieser nur mehr eine «Fürsorge-, Hilfs- und Unterstützungsgeellschaft» dar, eine «Versicherung für das persönliche Wohlergehen». Die Bürger verhielten sich gleich Aktionären, die von ihrem Unternehmen erwarteten, dass ein «greifbarer Nutzen herausschäue». Seine Klage über die Politikmüdigkeit, in der sein ein Jahr später berühmt gewordener Aufsatz über das «Helvetische Malaise» bereits anklingt, wirkt jedoch etwas angestaubt. Die Idee, eine Verfassungsrevision könne eine Gesellschaft, die bereits in Bewegung sei, «revitalisieren», wird denn auch scheitern.

Dennoch könnte der Aufsatz aktueller nicht sein. Imboden erscheint als früher Kritiker am Dienstleistungs- und ausufernden Sozialstaat – ein Vorwurf, der die kommenden Jahrzehnte prägen wird und noch heute zu den gängigen Schreckensvisionen der Liberalen gehört. Seine unbeschönigte Beschreibung der totalitären Herrschaft im Ostblock erinnert an heutige Berichte aus China und anderen autoritären Staaten. Und seine Kritik am Kommunismus ist angesichts der Renaissance des Marxismus in «gesättigten» Volkswirtschaften von höchster Aktualität. Die Vorstellung, man könne mittels Ideologie das Paradies auf Erden schaffen, ist trotz grausamem Versagen offenbar nicht auszurotten. ▲

Katja Gentinetta

ist Politikphilosophin, Publizistin und Universitätsdozentin.